

Griechenland: Silberstreif am Horizont?!

Eine kurze Reformbilanz

Autor: Jürgen Matthes
Telefon: 0221 4981-754
matthes@iwkoeln.de

Einleitung und Rückblick

Griechenland hat ein sehr schweres Jahr hinter sich. Trotz einer neuen Regierung und erheblichen Reformen scheint die Wirtschaft immer weiter zu schrumpfen. Vielen scheinen die Perspektiven auch trotz des dritten Hilfspaketes der Eurozone im November 2012 weiterhin düster. Doch zuletzt zeigen sich erste schmale Silberstreifen am Horizont.

Vor rund einem Jahr kam es in Griechenland zu einem Novum in der Nachkriegsgeschichte der Industriestaaten: einem Schuldenschnitt mit der Beteiligung privater Investoren. Der verschaffte dem Land aber nur kurzzeitige Erleichterung. Denn danach gab es eine politische Hängepartie zwischen den beiden Parlamentswahlen, nachdem zunächst der große Erfolg der reformkritischen Linkspartei Syriza das Land nahezu unregierbar gemacht hatte.

Die Spekulationen über einen möglichen Austritts Griechenlands aus der Eurozone schossen ins Kraut. Wohl weil die große Mehrheit der Griechen im Euro bleiben wollte, kam es bei den bald angesetzten Neuwahlen zu einem Sieg der konservativen Neo Dimokratia – und schließlich zur Bildung einer regierungsfähigen und einigermaßen stabilen Koalition.

Nachdem im ersten Halbjahr kaum entscheidende Reformen auf den Weg gebracht worden waren, bekannte sich die neue Regierung recht klar zu dem Reformkurs. In Reaktion darauf sowie auf die erneut verschlechterte Tragfähigkeit der Staatsschulden im Jahresverlauf wurde ein drittes Hilfspaket für Griechenland vereinbart, mit dem vor allem die Zinsen auf die Hilfskredite gesenkt und die Rückzahlungsfristen stark gestreckt wurden. Zudem hat die EU-Kommission Griechenland aufgrund der anhaltenden tiefen Rezession mehr Zeit gegeben, seine Defizitziele zu erreichen, und die Frist von 2014 auf 2016 verschoben.

Reformbilanz: Das Glas ist eher halbvoll als halbleer

Seit dem Sommer 2012 hat die Regierung in Athen viele zuvor sträflich vernachlässigte Korrekturen nachgeholt und die Reformdefizite deutlich reduziert. Dies geschah teilweise auf einen Schlag im Zuge des sogenannten Omnibus Law 4093, das am 12. November 2012 in Kraft trat und in dem sehr viele Einzelreformen gebündelt wurden. Dabei war zweifellos der Druck der Troika hilfreich, wie die Reformkontrolleure des IWF, der EU und der EZB genannt werden. Sie zögerte die Hilfszahlungen und das neue Hilfspaket im Herbst länger hinaus und verfolgte einen sehr entschiedenen Ansatz, um das Reformprogramm wieder auf Kurs zu bringen. Allerdings lässt die Umsetzung vieler Korrekturen in die Praxis noch zu wünschen übrig, insbesondere zum Beispiel bei der Steuereintreibung und auf den

Produktmärkten. Außerdem bleiben Zweifel am Willen und der Fähigkeit der griechischen Verwaltung, die Reformen zu implementieren.

In der Summe der vergangenen Jahre sind die Reformen gleichwohl erheblich. Das Glas ist zwar keineswegs voll, aber doch eher halbvoll als halbleer, wie in der öffentlichen Debatte immer wieder suggeriert wird. Das machen auch die jüngsten Troikaberichte der EU-Kommission deutlich.¹ Die Reformkontrolleure zeigen sich auch mit Blick auf den anstehenden nächsten Kontrollschritt weitgehend zufrieden. Anders als teilweise kolportiert, ging es bei ihrer medienträchtigen Abreise Anfang März nach den offiziellen Verlautbarungen nur um einige wenige, eher technische Aspekte. Anfang April will die Troika zurückkehren und ihr endgültiges Urteil darüber fällen, ob die nächste Hilfstranche ausgezahlt werden können.

Konsolidierung und Reformen im Staatshaushalt

Auch wenn weiterer nennenswerter Konsolidierungsbedarf besteht, um die vorgegebenen Defizitziele zu erreichen, so sind die Fortschritte im griechischen Staatshaushalt doch erheblich und sollten nicht kleingeredet werden.

- Griechenland hat seine staatlichen Primärausgaben (ohne Zinsen) zwischen 2009 und 2012 um mehr als 22 Prozent gesenkt. In Deutschland würde das – ausgehend von Primärausgaben von knapp 1.100 Milliarden Euro im Jahr 2009 – einer Kürzung von knapp 240 Milliarden Euro entsprechen.
- Relativ zur Wirtschaftsleistung gelang so in diesem Zeitraum eine Verminderung der Staatsausgabenquote um knapp 4 Prozentpunkte auf 51 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – obwohl das BIP immer weiter schrumpfte.
- Die Staatseinnahmenquote stieg derweil um gut 5 Prozentpunkte auf rund 44 Prozent des BIP.
- Damit konnte das Haushaltsdefizit gemessen am BIP um bemerkenswerte 9 Prozentpunkte gesenkt werden. Das strukturelle (konjunkturbereinigte) Defizit ging sogar um mehr als 14 Prozentpunkte zurück. Eine solche Anpassung sucht im internationalen historischen Vergleich ihresgleichen.
- Der strukturelle Primärsaldo (ohne Zinsausgaben) erreichte damit zuletzt bereits 4,4 Prozent des BIP, lag also deutlich in den schwarzen Zahlen.

Damit diese Fortschritte auch Bestand haben und weitergehen, ist nicht nur das öffentliche Budget für 2013 entsprechend ausgerichtet, das im Herbst 2012 beschlossen wurde. Die Troika hat auch klare Vorgaben für einen verlässlichen

¹ Auf diesen Berichten beruhen die folgenden Ausführungen zu den Reformen der fiskalischen Administration sowie der Strukturreformen am Arbeits- und Produktmarkt weitgehend.

mittelfristigen Finanzplan bis 2016 gemacht, mit dem die gesetzten Defizitziele erreicht werden sollen. Darin sind die geplanten Konsolidierungsmaßnahmen für 2013 und 2014 schon sehr genau ausformuliert.

Die Sparmaßnahmen setzen bewusst an den Ausgabeposten an, die nach dem Jahr 2000 bis vor der Finanzkrise stark gestiegen waren – also vor allem bei den Sozialausgaben und den staatlichen Personalausgaben. Dazu soll die Regierung in Athen in Kürze konkrete Pläne für den weiteren Abbau der überdimensionierten Staatsbeschäftigung vorlegen. Unterfüttert wird diese Mittelfrist-Strategie durch klare Ausgabenobergrenzen, die bis auf die Ebene wichtiger Ministerien hinuntergebrochen sind. Deren Einhaltung soll durch neu eingeführte Onlinemeldepflichten über die Ausgabenentwicklung nun sehr viel besser kontrollierbar werden.

Auch den Kampf gegen Steuerhinterziehung und Korruption scheint man nun deutlich entschiedener führen zu wollen. So sind spezielle Einheiten von erfahrenen Finanzbeamten gegründet worden, die vor allem bei Vermögenden und gutverdienenden Selbstständigen die Steuern eintreiben sollen. Steuerbeamte an wichtigen Stellen sollen in Zukunft regelmäßig ihre Posten tauschen. Zudem machen sie sich künftig laut Medienberichten strafbar, wenn sie Kenntnisse über Steuerhinterziehung verschweigen. Geprüft werden soll ferner, ob die Vermögen hoher Steuerbeamter in Einklang mit ihren offiziellen Gehältern stehen. Hier bleibt angesichts der fast schon chronisch erscheinenden Probleme bei der Steuereintreibung freilich noch abzuwarten, ob diese Ankündigungen wirklich zu höheren Steuereinnahmen führen.

Arbeitsmarktreformen

Auch bei der Arbeitsmarktverfassung gab es wichtige Fortschritte, die sich aufgrund der tiefen Rezession allerdings noch nicht in einer besseren Beschäftigungslage niederschlagen. Doch wenn es mit der Wirtschaft wieder aufwärtsgeht, dürften sie sich auszahlen. Denn sie setzen an zahlreichen vormaligen Schwachstellen und Beschäftigungshemmnissen an.

So war das Tarifsystem früher sehr starr. Es gab kaum betriebsnahe Lohnabschlüsse. Zudem wurden wirtschafts- oder branchenweite Tarifvereinbarungen oft auch auf nicht tarifvertraglich organisierte Firmen ausgedehnt und wirkten selbst nach ihrem Auslaufen noch lange nach. Dieses institutionelle Arrangement trug dazu bei, dass die Tarifpolitik zu wenig auf die Konjunkturlage der Wirtschaft und der Produktivitätsentwicklung auf Betriebsebene Rücksicht nahm und es über ausufernde Lohnstückkosten zu dem erwähnten Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit kam. Außerdem führen starre Löhne und Arbeitszeiten in der Rezession dazu, dass die Arbeitslosigkeit stärker steigt als nötig,

weil Betrieben oft keine andere Wahl bleibt, als ihre Beschäftigten bei starken Absatzeinbrüchen zu entlassen.

Daran hat sich inzwischen viel geändert. So hat die Bedeutung von betriebsnahen Lohnabschlüssen deutlich zugenommen. Denn die automatische Ausdehnung der branchenweiten Tarifverträge auf nicht tarifgebundene Firmen wurde ebenso abgeschafft wie eine Klausel, die Lohnabschlüsse auf Firmenebene als nachrangig eingestuft hatte. Zudem ist die Macht der teilweise blockierenden Gewerkschaften dadurch gemindert worden, dass sich Arbeitnehmer in einem Unternehmen zusammenschließen und selbst mit der Betriebsleitung über die Löhne verhandeln dürfen. Die Lohnentwicklung wird so in Zukunft stärker als vorher auf betriebliche Gegebenheiten Rücksicht nehmen und damit beschäftigungsfreundlicher werden. Dazu trägt auch bei, dass Betriebe nun auch freier über Arbeitszeiten entscheiden können und so – ähnlich wie in Deutschland mit der Kurzarbeit – in Wirtschaftskrisen die Arbeitnehmer weniger lang arbeiten lassen können, statt sie entlassen zu müssen.

Darüber hinaus wird es auch grundsätzlich häufiger als in der Vergangenheit zu Lohnverhandlungen kommen, sodass durch die höhere Abschlussfrequenz stärker auf die Konjunkturlage reagiert werden kann. Denn Tarifverträge können nur noch für maximal drei Jahre abgeschlossen werden. Sie wirken außerdem nach ihrem Auslaufen weniger lang nach und sind nicht mehr Basis für gegebenenfalls folgende individualisierte Verträge. Zudem kommt es nach dem Auslaufen zu automatischen Lohnkürzungen. Damit soll auch die Verhandlungsbalance zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften wieder hergestellt werden. Auf diese Weise ist es in einer steigenden Zahl von Tarifverträgen in der jüngsten Vergangenheit zu erheblichen Lohnkürzungen gekommen. Das wird helfen, die vormalig überhöhten Löhne wieder zurückzuführen und so Arbeit wieder rentabel und wettbewerbsfähig zu machen.

Dazu trägt auch bei, dass die vormals – am Lebensstandard gemessen – sehr hohen Mindestlöhne in Griechenland nicht mehr so stark als Eintrittsbarriere in den Arbeitsmarkt für junge Menschen und als Wiedereintrittshemmnis für Arbeitslose wirken. Denn sie wurden im Durchschnitt verschiedener Branchen um rund 22 Prozent gesenkt, für junge Arbeitnehmer sogar durchschnittlich um 32 Prozent. Diese Reduktion war auch deshalb wichtig, weil die Mindestlohngrenzen die allgemein nötigen Lohnrückgänge zu verhindern drohten. Schließlich ist auch der zuvor sehr großzügige Kündigungsschutz, der Arbeitsplatzinhaber auf Kosten von Arbeitslosen schützte, deutlich reduziert worden, vor allem indem Abfindungszahlungen gekürzt wurden.

Produktmarktregulierung und Wettbewerbsintensität

Ausreichende Wettbewerbsintensität auf den Absatzmärkten ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass sich die Arbeitgeberseite in den Tarifverhandlungen für niedrige Lohnsteigerungen einsetzt. Die Unternehmen tun dies nämlich umso weniger, je eher sie höhere Lohnkosten (aufgrund geringen Konkurrenzdrucks) in die Preise überwälzen können. Darüber hinaus führt ein höherer Wettbewerbsdruck auch dazu, dass sich niedrigere Lohnstückkosten eher in sinkenden Exportpreisen niederschlagen und so die Wettbewerbsfähigkeit stärken. Nicht nur daher sind Strukturreformen am Produktmarkt, die mehr Wettbewerb schaffen, von entscheidender Bedeutung. Es geht zudem darum, Zugangsbarrieren bei geschlossenen Berufen abzubauen, mit denen eine Vielzahl von Berufsgruppen in Griechenland geschützt wird. Eine solche Reform würde Preise senken, die Produktivität erhöhen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten gerade für die jungen gut ausgebildeten Griechen ermöglichen.

Im Vergleich zur Sparpolitik waren Strukturreformen im anfänglichen Reformprogramm der Troika zunächst aber untergewichtet. Im Programmverlauf wurde hierauf dann ein stärkerer Fokus gelegt. Doch zum einen erließ die griechische Regierung zwar Gesetze, etwa zur Liberalisierung von freien Berufen und geschlossenen Berufsgruppen. Sie wurden aber oft nicht ausreichend in die Realität umgesetzt – sei es von der Verwaltung wegen teils mangelnder Kompetenz oder von den Berufsorganisationen aufgrund großer Reformwiderstände bei den Profiteuren dieser Regulierungen. Zum anderen erlahmte im Zuge der Wahlphase im ersten Halbjahr 2012 der Elan der Regierung gerade bei den Strukturreformen. Die Neuaufsetzung des Reformprogramms durch die Troika im Herbst 2012 setzt daher auch hier an und zielt darauf ab, dass die Reformen wirklich implementiert und gelebt werden.

Dabei hat sich die Troika zunächst auf 20 wirtschaftlich besonders bedeutsame Berufsgruppen konzentriert, wie etwa Rechnungsprüfer, Rechtsanwälte und Touristenführer. Zudem hat die Regierung das Monopol der so genannten „customs broker“ gebrochen, über die Exporteure ihre Zollabwicklung bislang durchführen mussten. Nun können die Firmen auch direkt ihre Zollformalitäten erledigen. Ferner sind die Notargebühren um 30 Prozent gesenkt worden.

Doch es bleiben weiterhin noch viele Nischen, in den es sich manche Berufsgruppen mit wenig Konkurrenz und hohen Gebühren bequem eingerichtet haben. Zudem geht es auch beim Bürokratieabbau nur schleppend voran. Zwar ist die Firmengründung durch die Schaffung einer neuen Unternehmensform erleichtert worden. Doch gemäß den Indikatoren des Doing Business Rankings der Weltbank bleibt noch viel zu tun, vor allem bei den (trotz Senkung) weiterhin noch hohen Kosten von Unternehmensgründungen oder auch von Handelsaktivitäten im Export und Import. Hinzu kommt noch ein ineffizientes Gerichtssystem mit langen Verfahrensdauern.

Dieses Unternehmensumfeld hält von dringend benötigten Investitionen weiterhin zu sehr ab.

Das IW Köln erneuert daher seine Forderung nach der Einführung von Sonderwirtschaftszonen für in- und ausländische Unternehmen in Griechenland. Dabei geht es nicht darum, mit Subventionen und großzügigen Steuererleichterungen internationale Investoren anzulocken, denn ein solcher Ansatz gerät schnell in Konflikt mit dem Beihilferecht der EU. Vielmehr sollten in diesen Zonen vor allem eine verlässliche Rechtsprechung sowie geringe und effiziente bürokratische Anforderungen gelten. Unternehmensgründungen und Genehmigungen könnten stark erleichtert werden, wenn es beispielsweise nur einen einzigen Ansprechpartner gibt (one-stop shop), der den Firmen die übrigen Verfahrensschritte abnimmt und sich um alle erforderlichen Genehmigungsschritte kümmert.

Derartige Sonderwirtschaftszonen könnten nicht nur Initialzündler für neue Investitionen sein, sondern auch dem übrigen Land zeigen, dass die Überregulierung den sehr hohen Preis hat, die Wirtschaftsentwicklung zu strangulieren, und deshalb vermindert werden sollte. Die Regionen außerhalb dieser Sondergebiete würden zudem unter Druck gesetzt, ihre schädlichen Regulierungen zu reduzieren, um Abwanderungen dorthin zu verhindern. Möglicherweise könnten derartige Zonen auch immer weiter ausgedehnt werden, um das Regulierungssystem so von Grund auf zu ändern.

Verbesserungen bei Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbilanzdefizit

In Reaktion vor allem auf die Arbeitsmarktreformen zeigen sich bei Lohnkosten und Wettbewerbsfähigkeit in Griechenland deutliche Fortschritte. So sank der reale effektive Wechselkurs (REEW) auf Lohnstückkostenbasis – ein wichtiger Indikator für die preisliche internationale Wettbewerbsfähigkeit – seit 2009 um beachtliche 20 Prozent. Bei dem REEW auf Exportpreisbasis zeigen sich bislang allerdings kaum Fortschritte, vor allem weil im Zuge der Konsolidierungsmaßnahmen Erhöhungen von konsumnahen Steuern vorübergehend zu steigenden Preisen führten. Zum Teil dürfte es aber auch am erwähnten mangelnden Wettbewerb auf den Produktmärkten liegen, dass Unternehmen die sinkenden Lohnkosten zur Erhöhung ihrer Gewinnmargen verwenden können, statt wegen des Konkurrenzdrucks die Absatzpreise senken zu müssen. Der verstärkte Reformdruck auch auf den Produktmärkten dürfte dies in Zukunft erschweren.

Trotz mangelnder Preisrückgänge sind die Warenexporte Griechenlands zwischen 2009 und 2012 um knapp 44 Prozent gestiegen, sicherlich auch begünstigt durch einen Rebound-Effekt nach dem Krisenjahr 2009. Weil sich die Dienstleistungseinnahmen in diesem Zeitraum – vor allem aufgrund eines Einbruchs

bei den Tourismuseinnahmen im Krisenjahr 2012 – kaum erhöht haben, stiegen die gesamten Exporte von Waren und Dienstleistungen nur um 16 Prozent seit 2009. Die gesamten Importe schrumpften zeitgleich um knapp 11 Prozent.

Beides trug dazu bei, dass sich das zuvor sehr hohe Handelsbilanzdefizit (Waren und Dienstleistungen) zwischen 2009 und 2012 von 18,1 auf 4,9 Milliarden Euro und damit um beachtliche 73 Prozent verringerte. Anders als oftmals behauptet speist sich dieser Fortschritt nicht nur aus einem Rückgang der Importe (um rund 6,4 Milliarden Euro), sondern zu einem noch etwas größeren Teil auch aus einer Steigerung der Exporte von Waren und Dienstleistungen (um 6,8 Milliarden Euro).

Bei der Frage, wie nachhaltig der damit verbundene deutliche Rückgang des griechischen Leistungsbilanzdefizits ist, mag man zunächst kritisch an die nur geringfügige Verbesserung des REEW auf Exportpreisbasis denken. Wäre dieser Indikator entscheidend für die Handels- und Leistungsbilanzentwicklung, müsste man in der Tat pessimistisch sein. Doch das ist in Zweifel zu ziehen. Denn die nennenswerte Exportverbesserung passt nur schlecht zu der weitgehenden Konstanz dieses REEW. Zudem lassen die nach Medienberichten besseren Buchungen für Griechenlandreisen 2013 eine deutlich dynamischere Entwicklung der Tourismusdienstleistungsexporte erhoffen. Und schließlich ist in Zukunft kaum damit zu rechnen, dass es in Griechenland wieder zu einem Nachfrageboom kommen wird, in dessen Zuge die Importe den Exporten wieder davonlaufen. Alles in allem spricht damit wenig dafür, dass der deutliche Rückgang des Leistungsbilanzdefizits nur ein vorübergehendes konjunkturelles Phänomen ist.

Zaghafte Lichtblicke auch beim Wirtschaftswachstum

Trotz der erwähnten Defizite vor allem bei der Steuereintreibung und den Produktmarktreformen ist die Reformbilanz insgesamt durchaus ansehnlich. Das zeigen nicht nur die Fortschritte bei der Konsolidierung und der Abbau des Leistungsbilanzdefizits, der auch von einer stärkeren Exportdynamik getrieben werden. Es besteht darüber hinaus die begründete Hoffnung, dass die ergriffenen Strukturreformen mittelfristig Wachstum, Produktivität und Beschäftigung fördern. Das belegen zahlreiche Studien und auch die Erfahrungen vieler Industrieländer, die ihre Wirtschaft reformiert haben.

Das Argument, die Ineffizienz der überregulierten Märkte und der verkrusteten öffentlichen Verwaltung würde in Griechenland die Rückkehr auf den Wachstumspfad dauerhaft verhindern, kann durchaus hinterfragt werden. Denn es gibt – wie der Globalisierungsforscher Dani Rodrik gezeigt hat – zahlreiche Beispiele von Entwicklungsländern, die nur begrenzte Wirtschaftsreformen umsetzten und gleichwohl daraufhin von längeren Wachstumsphasen profitierten – und das, obwohl

dort noch stärker verkrustete ökonomische Strukturen als in Griechenland herrschten.

Der lange erhoffte Konjunkturaufschwung wurde in Griechenland bisher vor allem durch einen tiefen Pessimismus der Wirtschaftsakteure und eine starke Kreditklemme verhindert. An beiden Fronten zeigen sich derzeit aber neue Hoffnungsschimmer:

- Die Nettokreditvergabe an die gewerbliche Wirtschaft hat sich nach Angaben des griechischen Finanzministeriums erstmals seit längerem erhöht. Dahinter steht zum einen eine allmähliche Stabilisierung im griechischen Bankensystem. So sind zwischen Juni und Dezember 2012 rund 15 Milliarden Euro an Einlagen wieder zurückgeflossen, die zuvor aus Sorge vor einem Euro-Austritt Griechenlands von den Bankkonten abgezogen worden waren. Zudem kommt die Rekapitalisierung der Problembanken aufgrund der weiteren Hilfskredite der Eurostaaten weiter voran. Zum anderen hat die Europäische Investitionsbank grundsätzliche Zusagen für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen in Griechenland von rund 1 Milliarde Euro für 2013 gemacht. Rund 600 Millionen Euro davon sind nach Angaben des griechischen Finanzministeriums bereits kontrahiert – ein Teil wurde bereits ausgezahlt.
- Darüber hinaus hat sich auch die Stimmung in der griechischen Wirtschaft nennenswert verbessert. So ist ein wichtiger Konjunkturindikator der OECD (der Composite Leading Indicator) in Griechenland bereits seit Januar 2012 fast kontinuierlich gestiegen und hat zuletzt im Januar 2013 das durchschnittliche Niveau der Jahre 2005 bis 2012 erreicht. Eine tendenziell positive Entwicklung zeigt sich seit dem Sommer 2012 auch bei einem wichtigen Konjunkturindikator (Economic Sentiment Indicator) der Europäischen Kommission. Auf dieser Basis prognostizieren Kommission und auch IWF für 2014 ein Ende der Rezession in Griechenland.

Es stellt sich freilich die Frage, wie belastbar diese Prognosen sind. Zu oft wurden ähnliche Hoffnungen in der Vergangenheit enttäuscht. Der anhaltende Anstieg der konjunkturellen Frühindikatoren gibt hier allerdings mehr Anlass zu Optimismus als zuvor. Doch bleibt abzuwarten, ob es nicht erneut zu einem Einbruch kommt, etwa wegen der Irritationen um Italien und Zypern.

Wenn sich aber wirklich ein Aufschwung herausbilden und verfestigen sollte, dann besteht durchaus Anlass zu einem verhaltenen Optimismus. Denn bei besserer Wirtschaftslage greifen die Strukturreformen schneller, was wiederum den Aufschwung verstärken würde. Zudem könnte es, sobald sich eine Aufwärtsentwicklung verfestigt hat, wie in vielen anderen Ländern nach einer tiefen Krise zu einem Rebound-Effekt kommen – also zu anfänglich relativ hohen

Wachstumsraten, etwa weil sich ein Investitions- und Konsumstau auflöst. Darüber hinaus ist nicht zu unterschätzen, dass (ähnlich wie in einer Rezession im negativen Sinn) auch bei einem Aufschwung sich selbst verstärkende (positive) Effekte wirksam werden, etwa durch eine Beschäftigungszunahme, die wiederum die Verbraucher mehr konsumieren lässt.

In einem solchen Fall eines vorübergehenden Rebound-Effekts und einer sich mittelfristig stabilisierenden Wirtschaftsentwicklung könnten möglicherweise die Staatseinnahmen – unterstützt durch die verstärkten Reformen bei der Steuereintreibung – so deutlich steigen, dass das Budgetdefizit schneller abgebaut wird als derzeit erwartet.

Ein derartig positives Szenario erscheint angesichts der anhaltend negativen Entwicklungen der vergangenen Jahre in Griechenland derzeit nicht sehr realistisch. Allerdings stellt man bei Zukunftsprognosen auch immer wieder fest, dass sie zu stark von den positiven oder negativen Erfahrungen der jüngeren Vergangenheit verzerrt sind und diese zu extrapolieren tendieren.